



Mainz, 20. November 2017

Liebe Infobrief-Abonnenten,

das kann man so machen, wie die **FDP** es tat, einfach aufstehen und gehen, so muss man sich aber nicht unbedingt verhalten. Das sah nach **gut vorbereiteter Spontaneität** aus. Nach vier Wochen sehr intensiven, aber auch schwierigen Verhandlungen standen wir kurz vor einer **Einigung, sie war zum Greifen nahe**. Alle Parteien haben dabei beträchtliche Wege zurückgelegt, jeder hat Zugeständnisse gemacht – in den erreichten Verhandlungsergebnissen hätten sich alle Parteien wiedergefunden. Denn auch beim schwierigen Thema Migration und Zuwanderung gab es **Bewegung und substantielle Fortschritte**: Die Grünen waren zu Kompromissen bereit, auf Basis des von CDU und CSU erstellten Regelwerks zur Migration. Daneben gab es Einigung über ein Einwanderungsgesetz mit einem Punktesystem, für dreiviertel aller Steuerzahler wäre der Solidaritätszuschlag ab 2021 weggefallen, ein großes Familienpaket mit einem Baukindergeld und Verbesserungen bei der Mütterrente war verabredet, ein Digital- und Forschungspaket sollte auf den Weg gebracht werden, die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent gesenkt werden und vieles mehr.

Gerade vor diesem Hintergrund ist der **Abbruch der Sondierungen durch die FDP eine große Enttäuschung**. Deutschland steht im europäischen Vergleich blendend da. Es geht für eine künftige Regierung nicht um die Bewahrung vor dem Abgrund, sondern um wichtige Impulse, um an erfolgreiche Entwicklungen anzuknüpfen. Da waren wir auf einem guten Weg. Im Übrigen sagte der FDP-Landesvorsitzende zur Verhandlungsführung von Frau Merkel noch am vergangenen Samstag im Rheinpfalz-Interview: „Sie verhandelt sehr sachlich und konstruktiv.“ Das entspricht den Tatsachen. Insofern wundert seine harte Kritik im heutigen Interview im Deutschlandfunk.

Wir Christdemokraten tun alles, um unser Land zusammen zu halten. Es kommt keine einfache Zeit auf unser Land zu, denn weiterhin ist unsere Verlässlichkeit in Europa und in der Welt gefragt. Im Übrigen kann sich auch die SPD nicht ihrer staatspolitischen Verantwortung entziehen – Koalitionen sind Konsequenzen aus dem Wahlergebnis, darauf ist unser politisches System angelegt. Wer eine stabile und tragfähige Regierung will, kann die

Mitarbeit nicht verweigern. Die SPD aber hat eine Regierungsbeteiligung nun zum zweiten Mal ausgeschlossen und duckt sich weg, das ist verantwortungslos. **Der Bundespräsident hat in diesem Sinne an die Verantwortung der Parteien appelliert.**

Wie geht es weiter?

Nachdem die Verhandlungen um Jamaika abgebrochen wurden, gibt es nun folgende Möglichkeiten

Erstens: Jamaika war nicht die einzig mögliche Koalition nach der Wahl – weiterhin möglich ist eine **Große Koalition**. Der SPD konnte es allerdings bereits am Wahltag nicht schnell genug gehen, sich vom Acker der Verantwortung zu machen. Heute hat sie diese Position bekräftigt.

Zweitens: Theoretisch möglich wäre eine **Minderheitsregierung** unter Führung unserer Union – einer Koalition aus CDU/CSU und FDP fehlen bspw. 29 Sitze zur Mehrheit. Doch eine Minderheitsregierung hat es in Deutschland noch nicht gegeben, sie ist unerprobt, es fehlen Erfahrungswerte. Kurzum, Deutschland braucht eine verlässliche und stabile Regierung, auch mit Blick auf Europa und die Welt. Eine Minderheitsregierung kann diese Stabilität und Verlässlichkeit nicht gewährleisten.

Drittens: Es gibt **Neuwahlen**. Doch der Weg dahin ist nicht einfach und gliedert sich in drei Phasen. (1) Der Bundespräsident schlägt einen Kanzlerkandidaten vor. Findet dieser Vorschlag keine absolute Mehrheit, beginnt die zweite Phase. (2) Der Bundestag hat dann zwei Wochen Zeit, sich mit absoluter Mehrheit auf einen Kanzler zu einigen. Der Anzahl der Wahlgänge und Kandidaten ist keine Grenze gesetzt. Kommt nach diesen 14 Tagen keine Kanzlermehrheit zustande, beginnt die dritte Phase. (3) Gewählt ist dann der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält (relative Mehrheit). Ist die relative Mehrheit auch eine absolute Mehrheit, muss der Bundespräsident die Person zum Bundeskanzler ernennen. Erfolgt die Wahl aber nur mit relativer Mehrheit, so kann der Bundespräsident entscheiden: Ernennet er die Person zur Kanzlerin/zum Kanzler einer Minderheitenregierung oder löst er den Bundestag auf. Innerhalb von 60 Tagen muss es dann Neuwahlen geben. Doch Neuwahlen sollten wirklich nur das letzte Mittel sein. Denn Demokratie heißt nicht, so lange zu wählen, bis es passt.

Herzliche Grüße,
Ihre Julia Klöckner

Wenn Sie diesen Infobrief in Zukunft nicht mehr unaufgefordert erhalten wollen, geben Sie mir bitte einfach per [E-Mail](#) Bescheid. Für den Fall, dass Sie die anhängenden Dateien nicht öffnen können, schicken Sie mir bitte eine kurze Nachricht, und ich werde Ihnen den Text in anderer Form erneut zukommen lassen.

Weitere Informationen, speziell zur Politik der Union in Rheinland-Pfalz, finden Sie auf den Internet-Seiten des Landesverbands der CDU in Rheinland-Pfalz unter www.cdurlp.de. Dort können Sie sich auch für den Newsletter der CDU Rheinland-Pfalz anmelden.

Julia Klöckner, MdL – Freiherr-vom-Stein-Straße 16 – 55543 Bad Kreuznach - Tel: 06 71/92 06 50 92 - www.julia-kloeckner.de
